



Kanton Solothurnischer
Gewerbeverband

Hans Huber-Strasse 38
4500 Solothurn
Telefon 032 624 46 24
www.kgv-so.ch
info@kgv-so.ch

Zweimal Nein zu den Agrar-Initiativen

Pressemitteilung des Kantonal-Solothurnischen Gewerbeverbandes vom 5. Mai 2021

Die Präsidentenkonferenz des Kantonal-Solothurnischen Gewerbeverbandes hat die Parolen für die Abstimmungen vom 13. Juni 2021 über die beiden Volksinitiativen «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» (Trinkwasser-Initiative) sowie «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» (Pestizid-Initiative) beschlossen.

Die Initiative Trinkwasserinitiative verlangt, dass nur noch diejenigen Landwirtschaftsbetriebe mit Direktzahlungen unterstützt werden, die keine Pestizide einsetzen, ohne prophylaktischen Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung auskommen und deren Tierbestand mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann. Wenn die Initiative angenommen würde, so nimmt die inländische Produktion der Lebensmittel ab, der Bedarf hingegen bleibt unverändert. Dies führt zu höheren Preisen der Schweizer Produkte, zu mehr Importen und dadurch zu einer stärkeren Auslandsabhängigkeit. Zudem wird die Umsetzung der schweizerischen Bestimmungen bei den Importwaren kaum kontrollierbar sein.

Weiter wird durch eine Annahme der Initiative die Bedeutung der Direktzahlungen verstärkt. Das kann der kgv als marktwirtschaftlich orientierter KMU-Verband nicht unterstützen. Ein „Belohnungssystem“, wie es die Trinkwasser-Initiative vorsieht, wäre in der KMU-Wirtschaft (saubere Luft, sauberes Wasser) weder praktisch umsetzbar, noch finanziell. Aus der Sicht des kgv sollen im Bereich Trinkwasser klare Vorschriften gelten. Es kann nicht sein, dass die Qualität eines lebenswichtigen Gutes wie Trinkwasser durch Anreizsysteme gesteuert wird. Schliesslich verweist der kgv auf das Massnahmenpaket im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022, welches die Belastung der Umwelt mit Nährstoffen und Pestiziden wirksam reduzieren will, ohne die Produktion übermässig einzuschränken. **Die Präsidentenkonferenz beschloss mit grossem Mehr die NEIN-Parole.**

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» verlangt, dass der Einsatz von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege verboten wird. Auch die Einfuhr von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, soll verboten werden. Der Bund übernimmt mit dem Aktionsplan „Pflanzenschutzmittel“ bereits grosse Anstrengungen zur Reduktion der Risiken von Pestiziden. Im Rahmen der Agrarpolitik 2022 sollen diese Anstrengungen mit griffigen und praxisgerechten Massnahmen noch weiter verstärkt werden.

Auch bei dieser Initiative führen die Einschränkungen zu mehr Importen. Dadurch übergibt man die Kontrolle über die Produktionsmethoden in die Hände ausländischer Produzenten. Aus der Sicht des kgv sollten bei diesem wichtigen Thema stufenweise die Vorschriften auf Gesetzesstufe angepasst werden. **Die Präsidentenkonferenz beschloss auch hier mit grossem Mehr die NEIN-Parole.**